

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal M. 2,50.

### Inhalt:

Eine politische Streikbewegung . . . . . 41 | Mitteilungen. An unsere Leser! . . . . . 42

## Eine politische Streikbewegung.

Am 28. Januar ist in einer Reihe deutscher Städte und Industriebezirke eine Streikbewegung ausgebrochen, deren Ursprung lediglich auf politische Ursachen zurückzuführen ist. Die Massenstreiks in Oesterreich und Ungarn haben zweifellos dabei mitgewirkt, auch einen Teil der deutschen Arbeiterschaft auf den gleichen Weg zu drängen, aber aus rein suggestiven Wirkungen läßt sich dieses Ueberspringen der Bewegung auf Deutschland nicht erklären. Denn die deutsche Arbeiterbevölkerung ist von Natur aus kühl und erwägender und würde sich nicht ohne tiefere Beweggründe in demonstrative Streiks stürzen, noch dazu unter dem Kriegszustand. Ueberdies beschränkt sich die Bewegung auch nicht auf Berlin, wo der politische Radikalismus einen weitgehenden Einfluß ausübt, sondern es sind Städte und Bezirke aus allen Teilen des Reiches daran beteiligt, wie Hamburg, Kiel und Danzig, Magdeburg und Dortmund, Nürnberg, Fürth und München. Auch ist eher mit einer weiteren Ausbreitung der Bewegung zu rechnen. In Berlin waren anfangs nur die Arbeiter einiger Munitionsfabriken beteiligt, die sich ihre Vertreter und eine Streikleitung wählten und in Versammlungen von dem Fortgang der Bewegung unterrichten ließen. Das Verbot dieser Versammlungen hat die streikenden Arbeiter auf die Straße gedrängt, und die Folge war, daß in weiteren Betrieben die Arbeit eingestellt wurde. Die Veröffentlichung der von der Streikleitung aufgestellten Forderungen wurde von der Zensurbehörde verboten und dem „Vorwärts“ wegen eines Leitartikels über den Streik für drei Tage das Erscheinen untersagt. Diese Maßregel wurde von den Arbeitern der graphischen Berufe mit einem Sympathiestreik in den Zeitungsbetrieben beantwortet, worauf am 30. Januar eine Anzahl von Tageszeitungen nicht erscheinen konnten. Auch die am 30. Januar, nachmittags 2 Uhr, veranlaßte Schließung des Gewerkschaftshauses und sämtlicher darin gelegener Gewerkschaftsbureaus war wenig geeignet, beruhigend zu wirken. Diese Maßnahme wurde am folgenden Tage dahin eingeschränkt, daß die Angestellten der Gewerkschaften, mit einem polizeilich beglaubigten Passierschein versehen, ihre Bureaus aufsuchen durften; aber der Verkehr mit den Gewerkschaftsmitgliedern blieb gesperrt, und das zu einer Zeit, wo Laufende von Gewerkschaftsmitgliedern durch die Streikbewegung in Mitleidenschaft gezogen wurden und naturgemäß bei ihrer Organisation Rat

suchen. Auch das Versammlungsweesen ist völlig unterbunden. Das alles führt lediglich dazu, dem Streik neue Nahrung zu geben.

Die Gewerkschaften stehen der Bewegung fern. Man hat sie weder von dem Ausbruch des Streiks verständigt, noch zu seiner Leitung hinzugezogen. Die Bewegung ist vielmehr anscheinend unmittelbar aus den Arbeitermassen selbst herausgewachsen und ihre Ursachen sind in politischer Mißstimmung zu suchen. An Gründen hierfür fehlt es wahrlich nicht. Die Schwierigkeiten der Ernährung und Kohlenversorgung haben seit langem eine tiefgehende Unzufriedenheit hervorgerufen, die sich auch in Versammlungen oft in erbitterten Zwischenrufen Luft machte. Auch ist das Gefühl der Enttäuschung über den Verlauf der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk in der Arbeiterschaft allgemein, und man mißt nicht bloß den Bolschewikis die Schuld an der Verschleppung des Friedensschlusses bei, sondern auch der mit dem Friedensprogramm des Reichstags in einem gewissen Widerspruch stehenden Haltung der deutschen Regierungsvertreter. Auch die Rede des Reichszanclers war nicht frei von Zweideutigkeiten, die für oder auch gegen Annexionen ausgelegt werden konnten. In einer Zeit, in der das Volk vor allem Klarheit erwartet, muß dadurch Beunruhigung in die Massen hineingetragen werden. Tief enttäuscht ist die Arbeiterschaft ferner über das Treiben der Reaktionsäre, die unter dem Namen: „Deutsche Vaterlandspartei“ den Krieg durch wahnwitzige Eroberungslüste ins Endlose zu verlängern suchen und durch eine wüste Agitation das gesamte öffentliche Leben vergiften. Am meisten hat jedoch das Gebaren der Wahlrechtsfeinde im preußischen Dreiklassenhaus und seiner Verfassungskommission die Volksmassen empört. Die Art, wie dort mit der verheißenen Gleichberechtigung aller Staatsbürger Schindluder getrieben wurde, war nur zu sehr geeignet, einen Teil unserer Arbeiterschaft um den letzten Rest ruhiger Besinnung zu bringen.

Wir haben vor zwei Wochen an dieser Stelle vor den aufreizenden Wirkungen einer solchen Wahlrechtsabotage gewarnt und auf den Ernst der Situation hingewiesen. Man hat unsere Warnungen verkannt und versucht, sie in Drohungen umzudeuten. Dieselbe Presse, die im Dienst der Vaterlandspartei am meisten dazu beigetragen hat, den inneren Frieden systematisch zu untergraben, durfte uns ungestraft als Landesverräter verleumden. Daß eine solche Ent-